

Hamm, 05.12.2017

Presseerklärung

Unangemessene und unsachliche Justizkritik

Zum Praktikumsaufruf des Innenministers

Vor dem Amtsgericht Düren soll es im Rahmen eines Strafverfahrens gegen Braunkohlegegner zu Tumulten, insbesondere zu Beleidigungen gegenüber den als Zeugen vernommenen Polizisten gekommen sein, denen die Richterin angeblich nicht in der erforderlichen Weise Einhalt geboten haben soll. Der zuständige Landrat hat sich der Berichterstattung zufolge an Justizminister Biesenbach gewandt. Auch Landesinnenminister Reul hat sich geäußert und vorgeschlagen, Richterinnen und Richter „sollten mal im Streifenwagen mitfahren“.

Abgesehen davon, dass nicht erkennbar ist, was eine Fahrt im Streifenwagen mit der Aufrechterhaltung der Ordnung im Gerichtssaal zu tun hat, gilt Folgendes:

Bei einer Gerichtsverhandlung ist der Richter für die Ordnung im Saal zuständig. Die im Falle von Störungen zu treffenden Entscheidungen ergehen aus der Situation heraus und sind im Nachhinein nur schwer und schon gar nicht von außen seriös zu kommentieren. Deshalb sind vorschnelle Beurteilungen - insbesondere solche von Mitgliedern der Landesregierung - fehl am Platze.

In jeder Arbeitssituation, auch im Verhältnis Justiz/Polizei ist wechselseitiger Erfahrungsaustausch hilfreich und daher notwendig. Deshalb hat jede Rechtsreferendarin, jeder Rechtsreferendar Gelegenheit, im Rahmen der Ausbildung an einer Streifenwagenfahrt teilzunehmen. Das gilt unabhängig davon, welchen Beruf sie oder er später ergreift, ob sie/er also Richter, Staatsanwalt oder Rechtsanwalt wird. Es spricht natürlich nichts dagegen, dies zu einem späteren Zeitpunkt im Berufsleben bei Bedarf auf freiwilliger Basis zu wiederholen. Solches wird im Übrigen bei dem Amtsgericht Köln und der Kölner Polizei praktiziert. Auch generell findet zwischen Ermittlungsrichtern und Polizei eine enge Zusammenarbeit statt.

„Gegenseitiges Verständnis ist für das Gelingen des Rechtsstaates sehr wichtig. Der Minister des Inneren unterstellt mit seiner Äußerung, dass Richterinnen und Richter flächendeckend nicht gut genug über die Arbeit der Polizei im Bilde wären. Das hat mit der Realität nicht viel zu tun.“, kommentiert Christian Friehoff, Landesvorsitzender des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Christian Friehoff 0175-5977265

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 4000 Mitgliedern bei ca. 5.900 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.